

25. OKT. 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/204

Bonn, den 25. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a Kritische Wachsamkeit 75

Ein neues Kapitel deutscher Parlamentspolitik ?
Zur Debatte über die Regierungserklärung

2 Erhard in skandinavischer Sicht 47

Hoffnungen und Erwartungen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

3 Waffe für Freiheit und Frieden 45

18 Jahre Vereinte Nationen

4 - 5 Das Dilemma der Studentenförderung 55

Streit nicht auf dem Rücken der Studenten austragen !

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

5 - 6 Vor der Entscheidung in Griechenland 71

Wirksame Maßnahmen der Regierung Mavromichalis gegen
Wahlschiebungen und Terror

Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Chefredakteur Günter Markscheffel

Kritische Wachsamkeit

Ein neues Kapitel deutscher Parlamentspolitik ?

sp - Noch vor wenigen Jahren wären Verlauf und Tonart der Debatte über eine Regierungserklärung, wie sie am Donnerstag dieser Woche erfolgte, undenkbar gewesen. Hat ein neues Kapitel deutscher Parlamentsarbeit begonnen; gehört die Verkettung der Andersdenkenden, ein unschönes Merkmal der Ära Adenauer, der Vergangenheit an? Sind Regierung und Opposition Weggefährten auf weiten Gebieten gemeinsamer Zielsetzungen? Eine solche Fragestellung bietet sich nach dieser bemerkenswerten Parlamentsdebatte von selbst an; es war ein Tag Fritz Erlers, des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Er wünschte im Namen seiner Partei dem neuen Bundeskanzler viel Erfolg in seinen Bemühungen, die deutsche Innen- und Außenpolitik einer in Bewegung geratenen Welt anzupassen, und Erhard selbst erwartet und wünscht auch keine Niederlage der Opposition, ein selten gehörtes Bekenntnis eines Regierungschefs. Dieser neue Stil, geprägt vom neuen Bundeskanzler, läßt einiges Gute für das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik erwarten, er nimmt den in einer Demokratie so notwendigen Auseinandersetzungen um den besten Weg ihre verbitternde und verletzende Schärfe.

Gute Absichten und lobenswerte Vorsätze allein genügen nicht. Fritz Erlers nannte einen ganzen Katalog von Fragen, die nach Antworten keischen und zur Lösung drängen. Die in den letzten Monaten und Wochen eingetretenen Preissteigerungen gefährden die Stabilität der Währung, tragen Unruhe in die Bevölkerung hinein und führen zu sozialen Härten. Die Mietsfreigabe in den "weißen Kreisen" belastet die Mieter mit Mehrausgaben von 1,5 bis 1,8 Milliarden DM. Die Antworten, die Bundeswohnungsbauminister Lücke auf bohrende Fragen der Opposition in der vorangegangenen Fragestunde des Bundestages gegeben hatte, zeugten von verwirrender Unsicherheit, wenn nicht gar Hilflosigkeit. Es fehlen immer noch mehr als eineinhalb Millionen Wohnungen; dabei geht der soziale Wohnungsbau zurück. Was nützt eine Kindergelderhöhung, wenn sie von erhöhten Mieten verachtungen wird? Dem vielzitierten "Sozialpaket" ist der Grabgesang beschieden. Den in ihm enthaltenen Sprengstoff kann die Koalition nicht entschärfen. Hoffentlich findet die Anregung Fritz Erlers, eine Sachverständigenkommission einzusetzen, die einwandfreie Unterlagen für eine ideologiefreie Behandlung dieser vielschichtigen Problemkomplexe erarbeitet, bei Regierung und Koalition Anerkennung.

In der Bundesrepublik besteht keine Beziehung zwischen der Sozialpolitik und der Sozialwissenschaft; der dafür zuständige Arbeitsminister operiert mit Angaben, die einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalten. Wie soll bei so dürftigen, einander widersprechenden Unterlagen die Reform unserer ganzen Sozialgesetzgebung, angepaßt der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, überhaupt in Angriff genommen werden können? Hier tappt auch die neue Regierung auf schwankenden Böden, läßt jede Klarheit vermissen.

Es war schon ein großer Gewinn, daß auch Erhard in seiner Regierungserklärung Unterlassungen der vergangenen Jahre hervorhob und gelobte, seine und die Kraft seiner Regierung für die Bewältigung von Gemeinschaftsaufgaben einzusetzen. Vorbedingung dazu ist die Verabschiedung der Finanzreform, die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Aber noch sind die Umrisse dieser Reform nicht sichtbar, und es wird nicht genügen, wie es in den letzten 14 Jahren geschah, es nur mit Ankündigungen bewenden zu lassen.

Hier, im weiten Bereich der Gemeinschaftsaufgaben liegt der Schlüssel für eine Gesundheit und Sicherung unseres Volkes. Hier beginnt die Aufforderung zum Wettbewerb zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition, an dem sich die Sozialdemokratie recht lebhaft beteiligen wird. Das braucht nicht, wie einige Zeitungen befürchten, zur innenpolitischen Langeweile führen, eher zum Gegenteil.

Der aussenpolitische Teil der Regierungserklärung eignete sich nicht für eine parteipolitische Kontroverse. Die engen Grenzen deutscher Aussenpolitik, u.a. gezogen durch das von der Regierung Adenauer zu verantwortende Hinschwinden früherer Möglichkeiten, legen allen Parteien äußerste Zurückhaltung auf. Deutsche Aussenpolitik muß illusionsfrei bleiben, sie hat sich an nüchternen Tatbeständen zu orientieren, sie gestattet keine Abenteuer. Ist sich die CDU/CSU in ihrer Gesamtheit dessen bewußt? Fritz Erler vermied es, wohl aus staatspolitischer Überlegung heraus, bestimmte Gruppierungen innerhalb der größten Regierungspartei anzusprechen, bei ihnen auf den Busch zu klopfen. Die Möglichkeit, daß dem Kabinett auf dem Gebiet der Aussenpolitik in den eigenen Reihen Opponenten erstehen, ist freilich gegeben, Anzeichen dafür sind nicht zu übersehen.

Alles in allem: Der Donnerstag dieser Woche war ein Gewinn für die deutsche Demokratie; der neuen Regierung begegnete viel Wohlwollen der parlamentarischen Opposition, freilich gepaart mit kritischer Wachsamkeit. - Regierung und Opposition, beide Träger des Staates, stehen nunmehr in einem sachbezogenen Verhältnis zueinander. Nun soll die Regierung zeigen, was sie zum Wohle des Ganzen leisten kann. Schöpferische Impulse auf ihrem Wege kann sie von der Sozialdemokratie erhoffen, aber auch Widerstand, wo er geboten erscheint.

Erhard in skandinavischer Sicht

Hoffnungen und Erwartungen

Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

In den nordischen Staaten hat man mit einer gewissen Erleichterung die Zusicherung des Bundeskanzlers Erhard zur Kenntnis genommen, die neue Bundesregierung werde sich für eine Politik der Verständigung und für die Beendigung des kalten Krieges einsetzen. Das klingt wie eine Absage an Konrad Adenauer und dessen, gerade in der letzten Zeit, vorgebrachte Ausfälle gegen Feind und Freund in der deutschen Außenpolitik. Der Vorschlag Ludwig Erhards, auch mit den europäischen Ostblockländern die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu erweitern, bestätigt den Eindruck, den man schon vorher hatte, daß "der Dicke" zum Klima des "Winds der Veränderungen" ein besseres Verhältnis habe als sein Vorgänger. Man steht in Skandinavien dem neuen bundesdeutschen Regierungschef freundlicher gegenüber, als es bei Adenauer der Fall war, und in gewissen Kreisen wundert man sich, daß es überhaupt möglich gewesen ist, in Anbetracht der vielen Skandale um die Person Adenauer, ihn solange als Kanzler zu halten. Man kann inoffiziell die Äußerung hören, daß die Haltung Adenauers zur Strauss-Spiegel-Affäre ihn in Dänemark, Norwegen und Schweden vor ein Reichsgericht gebracht hätte. Ohne Zweifel - so erklärt man in Kreisen, die gerade den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik gewogen sind - haben die 14 Jahre lange "Kanzlerdemokratie" der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland weitgehend geschadet. Die Haltung Erhards zum politisch-moralischen Problemkomplex erweckt in den nordischen Ländern deshalb neue Hoffnungen, um so mehr, als sie sich mit den Forderungen der deutschen Sozialdemokratie gegenüber Staat und Regierung deckt, wobei die Befürchtung auch zum Ausdruck gebracht wird, Erhard werde es mit vielen aus "seiner eigenen" Partei sehr schwer haben.

Der politische Generationswechsel, auf den man in vielen Kreisen der skandinavischen Öffentlichkeit immer noch hofft, ist aber trotz Ludwig Erhard noch nicht da und wird wohl frühestens bei der Bundestagswahl 1965 mit einem sozialdemokratischen Wahlsieg verwirklicht werden können. Bis dahin hofft man, daß Erhard sich mit Taten seiner eigenen Vorstellungen durchzusetzen vermag. Dänemark erwartet, daß die Bundesregierung neue Schritte unternehmen wird, um den Gefahren, die durch das Verhältnis de Gaulles zur EWG in der Agrarfrage der dänischen Landwirtschaft drohen, abzuwehren. Mit Befriedigung hat man daher den Versuch der Bundesregierung verfolgt, dem auf fünf Jahre abgeschlossenen Handelsabkommen zwischen Deutschland und Dänemark Priorität über die Forderungen Frankreichs zu geben, vor dem Jahr 1964 die Agrarpolitik der EWG autark zu machen. Die deutsche Haltung ist auch für die dänische Lebensmittelausfuhr nach Italien von entscheidender Bedeutung. Allein die Ausfuhr von Rindern und Rinderfleisch in die Bundesrepublik und Italien beträgt ... jährlich 600 Millionen Kronen, die in Gefahr geraten, wenn Frankreich sich in der EWG durchsetzen würde. Auf praktische Taten kommt es an - sowohl in innerdeutschen Angelegenheiten wie auch auf der aussen- und aussenhandelspolitischen Bühne.

Deshalb hält man sich mit einem abschliessenden Urteil zurück, die man weiß, wie weit Ludwig Erhard es in der Praxis bringen kann.

Waffe für Freiheit und Frieden

18 Jahre Vereinte Nationen

H.D. - Vor 18 Jahren wurden in San Francisco die Vereinten Nationen gegründet. Damit versuchten die Völker kurz nach dem zweiten Weltkrieg ein internationales Instrument zu schaffen, das ähnlich dem alten Völkerbund, und doch diesem gegenüber sehr verbessert, die Sicherung des Friedens in der Welt garantieren sollte. Wenn man sich heute einen Rückblick erlaubt, so darf man mit Fug und Recht behaupten, daß sicherlich nicht alle Erwartungen, die einst an diese Organisation geknüpft wurden, erfüllt worden sind. Es bleibt jedoch eine Reihe von Tatsachen bestehen, die diesem internationalen Gremium zur Ehre gereichen und die sicherlich entscheidend dazu beigetragen haben, daß eine Reihe von kriegerischen Konflikten beigelegt werden konnte.

Wichtig ist aber vor allen Dingen, daß die Vereinten Nationen heute zahlreiche Nationen zu ihren Mitgliedern zählen können, die vor 18 Jahren noch Kolonialgebiete verschiedener europäischer Mächte waren. So besteht kein Zweifel, daß gerade auf diesem Gebiet unter anderem die Wirksamkeit der UN gelegen hat.

Jeder weiß, daß noch vieles getan werden muß, damit die Vereinten Nationen wirklich zu dem werden können, was in ihrer Gründungsakte als Forderung geschrieben steht. Es ist aber nicht allein die Arbeit der Vereinten Nationen selbst gewesen, die in den vergangenen Jahrzehnten mehr oder weniger erfolgreich gewesen ist, besondere Erfolge konnten die Unter- oder Nebenorganisationen der UNESCO erzielen, und wer bei dem Werk der UNESCO die sehr wirkungsvolle Tätigkeit der Weltgesundheitsorganisation, die mit aller Energie unternommene schwierige Arbeit der FAO betrachtet, der weiß, welche Bereiche des internationalen Lebens schon jetzt die Zusammenarbeit von allen Völkern dieser Erde berührt hat.

Man sollte an diesem Tage auch stellvertretend der zahlreichen Mitarbeiter der Organisation der Vereinten Nationen, der Männer gedenken, die an der Spitze der UN ein so schwieriges und oft recht undankbares Amt bekleidet haben. Einer von diesen, Dag Hammarskjöld, fand in der Ausübung seiner Pflicht den Tod. Gerade hierin zeigt sich, daß das Werk der Vereinten Nationen keine Arbeit ist, der man sich in der Stille der Studierstube oder eines gegen Geräusche von aussen abgesicherten Büros unterziehen kann. Ganz im Gegenteil.

Wir alle wissen, daß eine Reihe von Nationen, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, in vielen Fällen dem zuwider handeln, was in der Gründungsakte von San Francisco als Prinzipien aufgestellt wurde. Trotzdem hat sich erwiesen, daß dieses Instrument eine starke Waffe für die Freiheit und den Frieden sein kann, wenn die Mehrheit der Mitglieder entschlossen ist, dieses Instrument im Sinne der Charta der Vereinten Nationen anzuwenden.

Das Dilemma der Studentenförderung

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Vor Jahren haben sich Bund und Länder zu einer Förderung begabter und bedürftiger Studenten im Rahmen des Honnefer Modells zusammengefunden. Diese Förderung war von vornherein ein Kompromiss zwischen dem Wunsch der SPD, Studenten ausschließlich mit Stipendien zu fördern, und der Ansicht der CDU, statt dessen Darlehen zu gewähren.

Nur hat sich, bedingt durch die in den letzten Jahren gestiegenen Lebenshaltungskosten und die nachziehenden höheren Löhne und Gehälter, eine Situation ergeben, die schlechthin unerträglich geworden ist. Vor Jahren wurden noch 22 Prozent der deutschen Studenten aus Mitteln des Honnefer Modells gefördert, heute sind es ganze 12 Prozent. (Im Vergleich zu etwa 70 Prozent der Studenten in England, die dort ein Stipendium bekommen). Dies liegt daran, daß Studenten nur dann in die Förderung aufgenommen werden können, wenn das Einkommen ihrer Eltern eine bestimmte Höhe nicht überschreitet. Es handelt sich dabei um die sogenannte Bemessungsgrundlage. Der Anstieg der Löhne und Gehälter hat bewirkt, daß eine große Zahl von Studenten, die früher nach den Richtlinien des Honnefer Modells noch gefördert werden konnten, heute wegen eines zu hohen Einkommens ihrer Eltern kein Stipendium mehr erhalten dürfen.

Aber was heißt "zu hohes Einkommen"? Tatsächlich fallen gerade die mittleren Einkommensgruppen seit langem aus der Förderung heraus, so daß sich der Bundesinnenminister und die Kultusminister der Länder dazu entschlossen, sowohl die Bemessungsgrundlage als auch die Förderungsbeträge zu erhöhen. Beide Maßnahmen sollten zum Wintersemester 1963, also Anfang November, wirksam werden. Doch dann kam der Bundesregierung plötzlich die Idee, die Darlehen an Studenten nicht wie bisher zum Ende des Studiums zu geben, sondern schon zu Beginn des dritten Semesters. Dagegen wandte sich die Kultusministerkonferenz mit dem berechtigten Einwand, durch eine zu frühe Belastung durch Darlehen könnten viele Studenten und ihre Eltern davon abgeschreckt werden, das Risiko eines Studiums überhaupt auf sich zu nehmen. Diesen Bedenken schlossen sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Verband Deutscher Studentenschaften an.

Die Mehrheit der CDU/CSU und der FDP im Bundestag beharrte trotzdem auf der neuen Forderung der Bundesregierung, so daß, wenn es nicht in letzter Minute zu einer Verständigung kommt, die Förderungsbedingungen für die Studenten im Wintersemester überhaupt nicht verbessert werden können - denn dafür ist die Einigung zwischen Bund und Ländern unerlässlich.

Die Studentenförderung droht somit wie die Wissenschaftspolitik in den Strudel des Streits zwischen Bund und Ländern zu geraten, wobei auf beiden Seiten nicht nur sachliche Erwägungen, sondern auch Prestigegegensichtspunkte eine oft unverständliche Bedeutung gewonnen haben.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion will sich darum bemühen, daß dieser Streit nicht auf dem Rücken gerade der Studenten ausgetragen wird, die auf Grund ihrer sozialen Situation und ihrer Leistungen am ehesten einen Anspruch auf staatliche Förderung haben. Sie ist deshalb bereit, einen Kompromiss zu erwägen, demzufolge die Darlehensförderung zwar schon vom dritten Semester an beginnt, unter der Voraussetzung, den Studenten das erhaltene Darlehen dann zu erlassen, wenn sie ihr Examen befriedigend oder besser bestehen.

Auf diese Weise könnte man, so problematisch das Darlehen als Form der Studienförderung an sich ist, vielleicht eine Einigung zwischen den Fraktionen des Bundestages und den Bundesländern erzielen. Es ist nun an der CDU, sich zu entscheiden, ob sie aus der Diskussion um die Richtlinien zum Honnefer Modell einen Prinzipienstreit und eine Prestigefrage machen will oder ob sie sich zu einem sachlich vertretbaren Ausgleich der Auffassungen bereitfindet.

+ + +

Vor der Entscheidung in Griechenland

Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Der Wahlkampf in Griechenland tritt in seine letzte und erregendste Phase ein. Am 3. November werden die Griechen zur entscheidendsten Wahl seit Kriegsende an die Urnen treten. Die geschäftsführende Regierung unter Mavromichalis, dem Präsidenten des obersten Kassationsgerichtshofs Griechenlands, bemüht sich, die Voraussetzungen zur Durchführung wirklich freier Wahlen zu schaffen, und zwar nicht nur mit Worten, sondern mit teilweise drakonischen Maßnahmen.

Wahl ist Pflicht

So hat die Regierung beschlossen, jeden Wahlberechtigten unter 70 Jahren, der ohne stichhaltigen Grund der Wahl fernbleibt, vor Gericht zu ziehen und ihn eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten bis 2 Jahren verbüßen zu lassen. Dieser Wahlzwang wurde angeordnet, um der Gefahr zu begegnen, daß sich ein Wähler aus Eigennutz dazu bewegen läßt, am Wahltag von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch zu machen. Es war nämlich der Verdacht geäußert worden, die frühere Regierungspartei und insbesondere deren finanzstarke Förderer hätten versucht, Gegnern ihrer Partei die Stimmzettel "abzukaufen" und verfallen zu lassen, damit diese möglichen Gegenstimmen praktisch unter den Tisch fallen.

Da die oppositionelle Zentrums-Union behauptet hatte, etwa 500.000 Wähler hätten sich zweimal in den Wahllisten und wählten auch zweimal - das wären ca. 10 Prozent der Gesamtzahl der griechischen Wahlberechtigten -, hat die Regierung angeordnet, daß der Personalausweis jedes Wählers bei Abgabe des Stimmzettels gestempelt wird. Der Ministerpräsident hat erklärt, nach der Wahl werde eingehend geprüft, ob doch jemand mittels irgendwelcher Manipulationen zweimal gewählt hat. Sollte das der Fall sein, so habe dieser mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren zu rechnen. Er selbst werde diese Maßnahmen in seiner Eigenschaft als Richter überwachen.

Miliz muß Waffen abgeben !

Die seit dem Bürgerkrieg bewaffnete Miliz der Dörfer wird für die Wahlkampfzeit ihre Waffen abgeben müssen. Die Offiziere der Miliz haben sich zum Standort der Armee-Einheit des Bezirks zu begeben.

Wie bereits berichtet wurde, treten im ganzen Land an die Stelle der Präfekten Staatsanwälte an die Spitze der Verwaltung, die das Vertrauen aller Parteien genießt. Die Spitzen von Gendarmerie und Polizei sind ersetzt durch vertrauenswürdige Militärs.

Moralischer Erfolg der Opposition

Auf Grund dieser Maßnahmen scheint gewährleistet, daß die Griechen diesmal wirklich frei und ohne Angst vor der Gendarmerie oder dem Terror subversiver Organisationen über das Schicksal ihres Landes entscheiden können. Den Anlaß zu dieser Renaissance demokratischen Geistes gab der unerbittliche Kampf des Oppositionsführers Georg Papandreou, der seit zwei Jahren die Regierung Karamanlis öffentlich als illegal bezeichnete und schließlich nicht nur ihren Rücktritt, sondern auch den der nachfolgenden Regierung Pipinelis, der bekanntlich Minister im Kabinett Karamanlis war, erzwang. So kam es zur Bildung der derzeitigen Regierung. Tausende von Griechen haben kürzlich in Athener Olympia-Stadion, bei einer Feierstunde, den Ministerpräsidenten Mavronichalis triumphal empfangen.

Die Zentrums-Union hat den Wahlkampf mit Selbstvertrauen begonnen, nachdem sich ihren Reihen neue Kräfte zugesellt haben. Viele jüngere Wissenschaftler finden sich auf ihren Kandidatenlisten. Die griechischen Sozialdemokraten kämpfen für die Zentrums-Union. In Athen kandidiert u.a. der ehemalige griechische Botschafter in Bonn, Y p s i l a n t i, der nach zwei-jährigen verdienstvollen Wirken von seinem Posten zurückgetreten war, weil er das Regime Karamanlis nicht länger zu vertreten vermochte, für die Papandreou-Partei.

Papandreou selbst erlebt bei den Wahlversammlungen Landauf und Landab eine Begeisterung, die nur mit der Zustimmung verglichen werden kann, die den großen Venizelos im Jahre 1928 empfing. Besonders in Nordgriechenland ruft ihm das Volk immer wieder zu "Befreie uns von der inneren Besatzung". Die Chancen der Zentrums-Union sind nicht ungünstig, insbesondere, wenn man die Eiseskälte der Wahlversammlungen von Karamanlis und die Mißfallenskundgebungen gegen ihn auf Kreta berücksichtigt.

Politische Beobachter in Griechenland sind der Ansicht, die bisherige Regierungspartei EPB werde diesmal nicht die absolute Mehrheit gewinnen können. Das scheint nicht ausgeschlossen zu sein, wenn man das neue Wahlgesetz berücksichtigt, nach dem die Großstädte des Landes durch mehr Sitze im Parlament vertreten sein sollen als bisher. Denn in den Städten haben sich die demokratischen Kräfte bislang stets durchsetzen können. Griechenland braucht nach der Assoziation mit der EWG mehr denn je eine demokratische, prowestliche Regierung, die dem Volk in der Zusammenarbeit mit den Verbündeten zum wirtschaftlichen Aufbau in Frieden verhilft.